

# Anfrage

gemäß der Geschäftsordnung

|   |                     |
|---|---------------------|
| <b>FDP-Fraktion</b>   |                     |
| <b>Nr.:</b>   | <b>A 18/0202-01</b> |
| Status:   | öffentlich          |
| Datum:  | 16.03.2018          |
| <b>Transaktion zwischen RWE und EON</b>                               |                     |
| <b>Anfrage der FDP-Fraktion für den Finanzausschuss am 07.05.2018</b> |                     |

|                       |                 |
|-----------------------|-----------------|
| <b>Beratungsfolge</b> |                 |
| <b>Status</b>         | <b>Gremium</b>  |
| Ö                     | Finanzausschuss |

Die FDP-Fraktion bittet um Beantwortung der nachstehenden Fragen:

Welche Meinung hat die Verwaltung zur Transaktion zwischen RWE und EON? Z.B: Der Essener Bürgermeister Thomas Kufen äußerte sich Berichten zufolge positiv: Kräfte im Rahmen der Energiewende zu bündeln, könnte ein „sinnvoller Weg“ sein.

Der RWE Aufsichtsrat überraschte am 11./12.03.2018 die Öffentlichkeit mit der Zustimmung zum Verkauf bzw. der Ablösung von Geschäftsfeldern von Innogy.

Steht die Stadtspitze hinter der Aussage des Verbandes der kommunalen RWE-Aktionäre (VKA), dass die „geplante Transaktion zwischen RWE AG und Eon SE aus kommunaler Sicht sowohl strategisch als auch finanzwirtschaftlich grundsätzlich positiv zu werten ist“? (Zeitung Der neue Kämmerer vom Freitag 16.03.2018).

In welcher Form war die Stadt Mülheim an der Ruhr als Aktionär in den Vorgang eingebunden?

Welche strategischen Vorteile kann es geben?

Welche finanzwirtschaftlichen Vorteile kann es geben?

Mülheim an der Ruhr betreibt mit der MEDL ein innovatives, auf dem Feld der erneuerbaren Energien aufstrebendes Unternehmen. Als Beispiel gilt das im Bau befindliche Windrad in den Ruhrauen.

Wie kann eine Kommune mit eigenen Interessen am Energiemarkt bzw. am Markt für erneuerbare Energie ein Vorgehen zur weiteren Zentralisierung des Marktes über den VKA grundsätzlich positiv werten?

Die FDP-Fraktion wird die Energiedebatte weiter führen, sieht sich aber oft vor Tatsachen gestellt, die nicht wieder rückgängig gemacht werden können.

Peter Beitz

Fraktionsvorsitzender